

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 80 (2009)
Heft: 7-8: Garten : Lebensraum, Therapieort, Pflanzenlieferant

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

Schweiz

Pro Senectute veröffentlicht Studie zur Altersarmut

Der grösste Teil der Rentnerinnen und Rentner in der Schweiz geniesst dank sozialpolitischen Errungenschaften eine hohe materielle Sicherheit. Aber längst nicht alle älteren Menschen leben im Wohlstand. In keiner Altersgruppe sind Einkommen und Vermögen ungleicher verteilt als bei den über 60-Jährigen. Rund zwölf Prozent der Altersrentnerinnen und -rentner benötigen Ergänzungsleistungen (EL). Schätzungsweise drei bis vier Prozent der Altersbevölkerung bleiben trotz EL arm.

Pro Senectute veröffentlicht eine Studie unter dem Titel «Leben mit wenig Spielraum. Altersarmut in der Schweiz». Autoren sind die Soziologin Amélie Pilgram und Kurt Seifert, Leiter des Bereichs Forschung & Grundlagenarbeit von Pro Senectute Schweiz. Die Studie beruht auf der Darstellung des aktuellen Kenntnisstandes zur wirtschaftlichen Lage der Rentnerinnen und Rentner in der Schweiz. Ausserdem gibt sie Einblick in die Tätigkeit der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Sozialberatung von Pro Senectute. In der Studie werden Vorschläge zur weiteren Verminderung der Altersarmut unterbreitet. Kürzbar Die Studie ist in den Sprachen Deutsch und Französisch erhältlich und kann bei Pro Senectute Schweiz bestellt werden: Telefon 044 283 89 89, E-Mail info@pro-senectute.ch. Umfang: 104 Seiten: Verkaufspreis: 25 Franken plus 5 Franken für Porto und Verpackung.

Pro Senectute

Schweiz

Bessere Ausbildung für Behinderte

Insos Schweiz (Soziale Institutionen für Menschen mit Behinderung Schweiz) fordert, dass das Recht auf berufliche Bildung für behinderte Menschen im Berufsbildungsgesetz verankert wird. Invaliden Menschen hätten das Recht auf eine mindestens zweijährige Berufsausbildung, um die Chancen für eine Integration in die Wirtschaft zu erhöhen. Besonders invalide Jugendliche stünden nach der Schulzeit meist vor dem Nichts. Um dies künftig zu verhindern, verabschiedete Insos eine Resolution.

Basler Zeitung

Schweiz

IV-Geld für Hunde

Rollstühle, Hörgeräte, Krücken oder Gehböcke – die Hilfsmittelliste der Invalidenversicherung (IV) ist eine ziemlich mechanische Angelegenheit. Doch nun könnte neues Leben in die trockene

und trockene Mühle? Nach BSV steht nun endlich gesetzlich fest: Hilfsmittel für behinderte Tiere sind zulässig. Das Gesetz ist allerdings noch recht schwach, denn es erlaubt nur die Anwendung von Hilfsmitteln, die nicht ersetzt werden können. Das bedeutet, dass z.B. ein Hund, der einen Rollstuhl braucht, nicht erlaubt ist, einen Gehweg zu überqueren. Das ist eine Verzerrung des Gesetzes, die die Regierung nun korrigieren muss. Eine entsprechende Initiative ist in der Schweiz gerade erst gestartet.

Liste kommen. Denn der Bundesrat ist bereit, neben den Blindenhunden künftig auch sogenannte Assistenzhunde als «Hilfsmittel» für Behinderte anzuerkennen – und damit für die Tiere Beiträge aus der IV zu entrichten. Die Regierung empfiehlt eine entsprechende Motion von SP-Nationalrat Jean-Claude Rennwald zur Annahme. Für viele Behinderte ist dieser Entscheid überfällig, wie Annelise Kälin sagt, die in Zürich eine Assistenzhunde-Schule führt. Die Tiere leisten ihr und über 200 behinderten Schicksalsgenossen in der Schweiz seit langem gute Dienste: Sie können etwa das Telefon bringen, Türen öffnen, das Licht anschalten oder Alarm schlagen, wenn der Herr mit dem Rollstuhl kippt. «Ein ausgebildeter Hund kennt 50 Befehle», sagt Nicole Boyer vom Verein Le Copain, der im Wallis Assistenzhunde ausbildet. Hinzu kommen Spezialaufgaben, die den Tieren je nach Bedürfnis des Behinderten antrainiert werden. Die Spixi wird damit zwar nicht ersetzt. Und doch können die Hunde einen wichtigen Unterschied bewirken: «Vielfach geben sie den Ausschlag dafür, dass der Behinderte zu Hause wohnen kann und nicht ins Heim muss», sagt Boyer. Noch ist die Nachfrage nach Assistenzhunden deutlich grösser als das Angebot. Das BSV geht davon aus, dass die IV für Assistenzhunde insgesamt 1 Million bis maximal 2 Millionen Franken pro Jahr ausgeben dürfte.

Tages-Anzeiger

Schweiz

Website mit Infos für Arbeitgeber

Die 5. Revision der IV will die berufliche Eingliederung von behinderten Menschen gezielt fördern. Darauf reagieren Behinderten- und Gesundheitsorganisationen sowie einige staatliche Stellen mit der Lancierung eines Informationsportals. www.compasso.ch richtet sich in erster Linie an Arbeitgeber und liefert zusätzlich Informationen zur Beschäftigung von Menschen mit Handicap.

Aargauer Zeitung

Deutschschweiz

Qualitätslabel für Fremdplatzierungen

Seit dem Debakel um fremdplatzierte Jugendliche in einem verwahrlosten Heim in Spanien sind rund zwei Jahre vergangen. Damit es nie mehr zu einem solchen Fall kommt, haben Fachverbände ein neues Qualitätslabel entwickelt. Es soll Klarheit schaffen für Behörden, Herkunftsfamilien, Pflegefamilien und Heime, die so genannte Timeout-Plätze für Jugendliche benötigen oder anbieten. Erarbeitet wurden die Label-Kriterien für die Fremd-

platzierung vom Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik (Integras) zusammen mit Fachleuten der Kinder- und Jugendhilfe. Das Label werde die Qualität der Fremdplatzierungsorganisationen steigern, zeigen sich Integras-Vertreter überzeugt. Es werde Transparenz und Legitimation für jene Organisationen schaffen, die im Sinne des Kindeswohls handelten und die Jugendlichen professionell und fachlich gut betreuten. Das Label erleichtere es den Fremdplatzierungs-Organisationen, die gut arbeiteten, anerkannt zu werden. Eingeführt wird das Label nur in der deutschsprachigen Schweiz. Da in der Westschweiz die Kantone alle Platzierungen selber durchführten und nicht wie in der Deutschschweiz an private Firmen delegieren würden, bestehe in der Westschweiz kein Bedürfnis nach einem Qualitätslabel, hiess es bei Integras.

Tages-Anzeiger

Ostschweiz

Gemeinsame Strategie

Die Ostschweizer Kantone verfolgen eine gemeinsame Strategie bei der Eingliederung von Behinderten. Die Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone (SODK Ost) hat in St. Gallen ein entsprechendes Musterkonzept verabschiedet. Im Konzept enthalten sind eine gemeinsame Angebotsplanung, ein gemeinsames Finanzierungsmodell sowie die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements. Seit der Neugestaltung des Finanzausgleiches (NFA) und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sind die Kantone verpflichtet, ein Konzept zur Förderung der Eingliederung invalider Personen zu erlassen. Seit dem 1. Januar 2008 sind die Kantone für die Planung, Steuerung und Finanzierung des stationären und teilstationären Angebots für erwachsene Menschen mit Behinderung verantwortlich. Das Musterkonzept der SODK Ost knüpft an ein bereits 2006 gemeinsam verabschiedetes Rahmenkonzept an. Die Fachhochschule Luzern hat nun den Auftrag erhalten, ein Inventar des Angebots der Einrichtungen für erwachsene Behinderte in den Ostschweizer Kantonen zu erstellen.

Thurgauer Zeitung

Basel

Interpellation zu Stellenschaffung

«Die Charta – Berufschancen für Menschen mit einer Behinderung»: Mit diesem Titel wurde auf Initiative des Basler Kultursenders «Radio X» ein Projekt lanciert, das in den nächsten drei Jahren in der Region Basel 100 zusätzliche Stellen für Menschen mit einer Behinderung schaffen soll. Zu den Erstunterzeichnern dieser Charta gehören die beiden Basel und die Wirtschaftsverbände der Region. CVP-Grossrat André Weissen hat dazu eine Interpellation eingereicht. «Wie beurteilt die Regierung die Beschäftigungssituation behinderter Menschen im Kanton Basel-Stadt?» will er wissen. Zudem soll die Exekutive mitteilen, wie viele behinderte Menschen in der kantonalen Verwaltung beschäftigt sind. Nicht zuletzt verlangt Weissen eine Antwort auf die Frage, wie der Kanton Basel-Stadt konkret zur Erfüllung des Ziels (100 neue Stellen für Behinderte in den nächsten drei Jahren) beitragen will.

Basellandschaftliche Zeitung

Basel

Geriatriezentrum wird grösser

Zuerst war ein Geriatriespital beider Basel mit 300 Betten geplant. Jetzt wird das Vorhaben deutlich grösser. Einerseits, weil auch die Rehabilitation des Bruderholzspitals ins neue gemeinsame Zentrum verlegt wird. Andererseits, weil für den Zeitraum bis 2020 mit mehr Betagten gerechnet wird. Es sei möglich, dass in einer ferneren Zukunft noch weitere Betten in der Akutgeriatrie notwendig sein werden, meinte der Basler Regierungsrat Carlo Conti bei der Präsentation des Wettbewerbs für das neue Spitalzentrum auf dem Bruderholz. Conti ist überzeugt, dass die demografische und soziale Entwicklung das Zentrum in dieser Grösse notwendig mache. Die Zahl der über 80-Jährigen werde in Basel zwischen 2010 und 2020 um 1467 Personen steigen, im Baselbiet sogar um 10 439 Personen. Conti geht auch von einem weiteren sozialen Wandel aus. Kleinfamilie, hohe Scheidungsrate und eine immer grössere Mobilität würden dazu führen, dass immer weniger Familien ihre Betagten zuhause pflegen könnten, sagte Conti.

Basler Zeitung

Bern

Hilfe für die Helfer

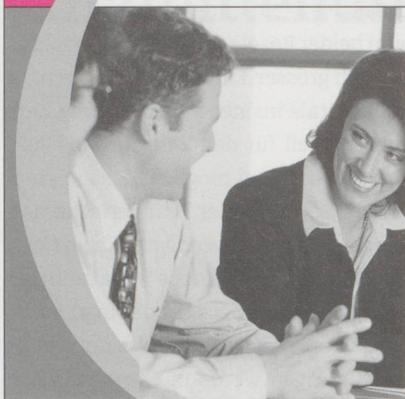
Wo sind Informationen zu Parkinson erhältlich? Wer bringt am Mittag eine warme Mahlzeit nach Hause? Wohin können Paraplegiker begleitet in die Ferien fahren? Diese und viele andere Fragen beantwortet die neue Broschüre «Informationen für betreuende Angehörige» der Stadt Bern. Ein wichtiges Ziel der städtischen Alterspolitik sei es, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben können, sagte Sozialvorsteherin Edith Olibet (sp) bei der Präsentation der Broschüre. Dies entspreche dem Bedürfnis vieler Seniorinnen und Senioren. Dafür brauche es aber in den meisten Fällen Angehörige, die sich um die Älteren sorgten. Die Broschüre diene dazu, die Pflegenden zu entlasten, bevor sie überfordert seien. 187 Entlastungsangebote sind im Büchlein zusammengetragen. Sie sind eingeteilt in die vier Kategorien «Beratung», «Externe Entlastung», «Entlastung daheim» und «Geld». Die Broschüre sei nur eine Massnahme aus einem ganzen Paket, das demnächst umgesetzt werde, sagte Nicole Stutzmann, Projektleiterin im Alters- und Versicherungsamt. Noch in diesem Jahr soll eine zentrale Telefonnummer eingerichtet werden als erste Anlaufstelle für Informationen zu den Angeboten. Weiter sind eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema und eine bessere Vernetzung der verschiedenen Institutionen geplant.

Der Bund

Bern

Bericht zum Pflegepersonalmangel

Der Berner Regierungsrat muss dem Grossen Rat in einem Bericht aufzeigen, wie er dem «gravierenden Personalmangel auf allen Stufen der Pflege und Betreuung wirksam und zeitgerecht begegnen will». Mit 136 zu 0 Stimmen hat das Kantonsparlament eine von Franz Haldimann (Burgdorf) vertretene Motion der BDP-Fraktion gutgeheissen. Allerdings hakte der Rat die Forderung als bereits erfüllt ab. Der Grund: Der Personalmangel im Pflegebereich ist bereits in der 2007 genehmigten Spitalversorgungsplanung 2007 bis 2010 enthalten. Die Forderungen der BDP nach kürzeren,



Modulare Weiterbildung zum/zur dipl. Teamleiter/in

Mit Potenzialanalyse und persönlichem Entwicklungsplan

Ausrichtung auf die neue eidg. Berufsprüfung für Teamleiter/innen in sozialen und sozial-medizinischen Institutionen. Besuch des gesamten Lehrgangs für Teamleitung oder Teillehrgang für Gruppenleitung oder nur von einzelnen Modulen möglich. Auch fremderworrene Kompetenzen können angerechnet werden.

■ Einstieg jederzeit ■ Dauer 17-36 Tage ■ Berlingen, ab 14. Okt. 2009 oder ab Mai 2010

TERTIANUM AG Seestrasse 110 Tel. 052 762 57 57 zfp@tertianum.ch
ZFP 8267 Berlingen Fax 052 762 57 70 www.zfp.tertianum.ch

DAS BILDUNGSINSTITUT DER TERTIANUM-GRUPPE

QUALYtent
Verkauf + Vermietung

Faltzelte
Festbankgarnituren
für professionelle
Anwender

Schöni
PartyWare

Schöni PartyWare AG
Isenrietstrasse 9a
8617 Mönchaltorf

Tel. 044 984 44 05
Fax 044 984 44 60
www.zeltshop.ch

Ihre Lösung für den professionellen Einkauf

Prüfen – entscheiden – profitieren

CURAVIVA.CH
Einkaufspool

Fon 0848 800 580
pool@curaviva.ch
www.einkaufspool.curaviva.ch

CURAVIVA weiterbildung

Bildung, die weiter geht!

Neu und einzigartig:

Nachdiplomstudium Beraterin/Berater* 52 Tage

mit vertiefenden Werkstatt-Modulen
Supervision, Coaching, Organisations-
beratung zur BSO-Anerkennung

- Erwerb der Kernkompetenzen als Beratungsperson
- Praxisnahe Arbeit mit dem persönlichen Beratungs-Portfolio der Teilnehmenden
- Interne und externe Beratungsfunktion
- Modularer Aufbau nach dem integralen Basisstudium

Start Oktober 2009 bis August 2011

Ort Luzern

* eidg. Anerkennung geplant

Bestellen Sie das Detailprogramm.

CURAVIVA Weiterbildung 6006 Luzern Tel. 041 419 01 72
weiterbildung@curaviva.ch www.weiterbildung.curaviva.ch

agogis INSOS

Weiterbildung & Organisationsberatung W&O

Eine Führungsposition im Qualitäts-Management?

Unsere Weiterbildung

Prozess- und Qualitätsmanagement

öffnet Ihnen die Türen dazu.
Prozess- und Qualitätsmanagement-Kompetenzen sind
gefragt.
Ausgebildete Fachleute sind rar.
Ihre Chance?

10 Tage Kontakt-Lernzeit.
Modular aufgebaut.
Sie bestimmen Themen und Rhythmus.
Abschluss mit anerkannten Branchen-Zertifikat.

Agogis INSOS W&O – mehr Berufs-Erfolg für sozial Tätige!

Informationen, Anmeldung, Detailprogramm
Agogis INSOS W&O, Postfach, 8031 Zürich
Tel. 043 366 71 40 / Fax 043 366 71 41
www.agogis.ch / w.o.sekretariat@agogis.ch

attraktiven Sonderausbildungen für den beruflichen Neu- und Wiedereinstieg sowie für eine personelle Notfallplanung für Spitäler und Heime lehnte der Grosser Rat ab.

Berner Zeitung

Graubünden

Runder Tisch will Pflegeberuf wieder attraktiv machen

Regierungsräerin Barbara Janom Steiner lud die Akteure im Pflegewesen zu einem Runden Tisch in Chur ein. Das dringliche Thema: der aufgrund der demografischen Entwicklung voraussehbare Personalnotstand im Pflegebereich. Wie Janom Steiner sagte, wurde an der Besprechung von allen Seiten der Handlungsbedarf anerkannt. Nach einer Auslegeordnung habe der Runde Tisch vier Hauptproblemfelder definiert, zu denen Arbeitsgruppen mit Experten der Verbände und Organisationen bis Ende Oktober/Anfang November Massnahmen ausarbeiten sollen. Erwartet werden Vorschläge zur besseren Pflege des Berufsbildes (Imagepflege), zur Rekrutierung des Pflegepersonals, zu den betrieblichen Arbeitsbedingungen sowie zur Aus- und Weiterbildung. Parallel dazu wird in Zusammenarbeit mit dem Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement eine Studie in Auftrag gegeben, die gestützt auf die Daten der Verbände die Basis für weitere Entscheide liefern soll. Sowohl Thomas Hensel, Regionalsekretär des vpod grischun, als auch Mario Cavigelli, Präsident des Bündner Spital- und Heimverbandes, zeigten sich nach dem Treffen zufrieden.

Die Südostschweiz

Thurgau

Pflegepersonalmangel spitzt sich zu

Der Mangel an Pflegekräften kann nach Meinung der Thurgauer Regierung nicht mit dringlichen Massnahmen angegangen werden. Erforderlich seien vielmehr klare Erkenntnisse über die Gründe des Mangels. Aufschlüsse über die Ursachen und mögliche Massnahmen zur Behebung erwartet die Regierung vom nationalen Versorgungsbericht, der zurzeit erstellt wird. Barbara Kern aus Kreuzlingen, SP-Kantonsrätin und selbst Pflegefachfrau, wollte in einem Vorstoss unter anderem wissen, ob die Regierung bereit sei, in Massnahmen zur Ausbildung und Förderung des Berufs zu investieren. Grundsätzlich seien die Lohnbedingungen in Gesundheitsberufen nicht schlecht, findet die Regierung. Allerdings bedeute der tägliche Umgang mit Krankheit, Alter und Sterben eine grosse Belastung, der nicht alle Berufstätigen über Jahre gewachsen seien. Die Anzahl der Ausbildungsplätze sei bereits deutlich erhöht worden. Zum ersten Mal zeichnet sich nun jedoch ab, dass die Ausbildungsplätze im neuen Schuljahr nur schwer besetzt werden können. Daher sollen Absolventen einer kaufmännischen Grundausbildung zu einer Ausbildung im Gesundheitswesen animiert werden.

St. Galler Tagblatt

Zürich

Geld für Jugendgefängnis bewilligt

Es ist eine Pioniertat: Zürich schafft als erster Kanton Vollzugsplätze für Jugendliche, die für mehrere Jahre hinter Gitter müssen. Der Kantonsrat machte gestern den Weg frei für den Um- und Ausbau des Massnahmenzentrums Uitikon, indem er einen Kredit von 17,6 Millionen Franken bewilligte. Hintergrund: Gemäss dem seit

2007 geltenden Jugendstrafrecht können jugendliche Straftäter ab 16 Jahren bis zu vierjährige Freiheitsstrafen erhalten. In Uitikon werden in der geschlossenen Abteilung 16 Plätze für den Vollzug geschaffen. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Plätze von 48 auf 64. Die Bauarbeiten sollen bis 2012 abgeschlossen sein.

Der Landbote

Zürich

Kritik an Revision des Lohnsystems

Die Art und Weise, wie der Zürcher Regierungsrat das Lohnsystem revidieren will, stösst bei Pflegenden auf Kritik. Einmal mehr solle auf dem Buckel des Pflegepersonals gespart werden, hiess es an einer Protestversammlung in Zürich. Jetzt soll eine Widerstandswelle anrollen. Es sei erstaunlich, dass sich die Regierung überhaupt getraue, einen solchen Revisionsvorschlag zu machen. Dieses Fazit hat Susi Wiederkehr, Vertreterin der Aktion Gsundi Gsundheitspolitik (AGGP), an einer Protestveranstaltung im Zürcher Volkshaus gezogen. Das Resultat der Revision habe von Anfang an festgestanden, kritisierte Isabel Tuor: Offensichtliches Ziel der Arbeitgeberseite sei es gewesen, durch die Revision Geld zu sparen. Ausgerechnet bei der Pflege wolle man sparen, weil da aufgrund der grossen Beschäftigtenzahlen schon kleine Korrekturen grosse Wirkung hätten. Die Verantwortlichen hätten die Umschreibungen gewisser Tätigkeiten gezielt falsch und unvollständig formuliert. Dadurch seien Pflegende mit dreijähriger Ausbildung jetzt gleich eingestuft wie Magaziner und Strassenwärter. Es sei ein Hohn und entspreche nicht dem beruflichen Alltag, wenn festgehalten werde, dass Pflegende nur Vorgaben von Vorgesetzten ausführten. Konkret forderten Vertreterinnen der AGGP andere Einstufungen für Pflegende, die zu Lohnaufbesserungen von 300 bis 400 Franken pro Monat führen sollen.

Neue Zürcher Zeitung

Deutschland

Register für Alzheimer

Alle Demenzkranken sollen erstmals in Deutschland in einem zentralen Register erfasst werden. Das kündigt Pierluigi Nicotera an, der Gründungsdirektor des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen in Bonn. «Wir brauchen ein solches Zentralregister, um die Zahl der Erkrankungen und ihren Verlauf genau verfolgen zu können», sagt Biomediziner Nicotera. Das Bonner Zentrum, das mit mehr als 400 Wissenschaftlern und bis zu 66 Millionen Euro jährlich ausgestattet werden soll, sei am besten geeignet, eine bundesweite Datenbank aufzubauen. Bisher stammen die Daten über die rund 1,2 Millionen Demenzerkrankten von Krankenkassen. «Deren Statistiken sind aber nicht aussagekräftig genug», sagt Nicotera. Der Wissenschaftler warnt, dass ohne Durchbrüche in der Forschung die Zahl der Demenzkranken in Deutschland bis 2050 auf vier Millionen steigen könnte: «Die menschenwürdige Pflege so vieler Demenzkranker würde die Gesellschaft auch wirtschaftlich überfordern.» Neben seiner Grundlagenforschung soll das Zentrum auch eine Tagesklinik für Betroffene sowie für Angehörige rund um die Uhr einen Informationsdienst anbieten.

Spiegel

Zusammengestellt von Barbara Steiner